

Ungarische Delegation.

Anwärtiger Ausschuß.

Wien, 7. Dezember.

Wir tragen im nachstehenden in Ergänzung unseres Berichtes im Abendblatt die Rede des Ministers des Aeußern Grafen Czernin nach.

Rede des Grafen Czernin.

Belgien kein Friedenshindernis.

Minister des Aeußern Graf Czernin bemerkte, es liege ihm daran, auf einige Bemerkungen der Delegierten sofort zu erwidern. Der Delegierte Lobaszy hat gesagt, führt der Minister aus, ob ich in der Lage bin, im Namen des Deutschen Reiches eine Erklärung bezüglich Belgiens abzugeben. Es ist ein international nicht gangbarer Weg, daß der Staatsmann eines Reiches für den eines anderen eine Erklärung abgibt. Ich beziehe mich jedoch auf die öffentlich abgegebenen Aeußerungen der deutschen Staatsmänner, die App und Klar erklären, es gebe kein Friedenshindernis zwischen Belgien und dem Deutschen Reich. Ich gehe weiter und sage: Wenn man glaubt, daß eine Unklarheit über diese Frage bei der Entente den Krieg verlängert, so verneine ich dies kategorisch. Die Ententemächte müssen sich über den Statuspunkt Deutschlands in dieser Frage vollkommen klar sein. Auch kann die Entente jeden Tag die Rede auf das Gremmel machen und das Wort des Staatssekretärs Kühlmann zum Ausgangspunkt nehmen und verlangen, daß es in die Tat umgesetzt werde. Dann wird es sich erweisen, wer den Frieden nicht will, ob das Deutschland oder die Entente ist. Es stehen sich dafür, daß die westliche Entente für den Frieden nicht reis ist, zahllose Beispiele anzuführen, die allen Herren bekannt sind. Warum hat dieselbe die Papstnote nicht einmal beantwortet? Woher die Minister Englands und Frankreichs nicht täglich den Krieg? Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch auf eine Aeußerung des Grafen Karolvi referieren. Graf Karolvi, den uns gestern der Wunsch gemacht hat, ihn zu hören, der ihm gehört zu werden, hat, wenn es richtig ist, vor kurzem ein im 13. St. abgedrucktes Interview gegeben, in dem er seinen Standpunkt in einer Weise niederlegt, die meine lebhafteste Freude ausgedrückt hat, weil er darin meine Auffassung als vollständig richtig anerkennt.

Graf Karolvi sagt im 13. St. aus der Schweiz zurückkommend, seine Eindrücke über die Friedensgenugsamkeit seien die denkbar schlechtesten. Meiner Ansicht nach, führt er fort, habe ich die Ueberzeugung, daß der Frieden noch in weiter Ferne ist und daß die Zeit eines solchen gar nicht denken. Sie reisten sich, daß

es ihnen gelingen werde, mit amerikanischer Hilfe uns niederzuwerfen. Dies wird nach ihrer Ansicht noch jahrelang dauern. Bedauerlicherweise nahm ich den Eindruck mit, daß wir den Krieg fortsetzen müssen. Denn wir werden nur um den Preis eines Sieges den Beweis erbringen können, daß unser Land nicht geschädelt werden kann. Jedenfalls können wir das letztere behaupten, falls es der Wahrheit entspricht.

Zwischenruf: Karolvi hat das Interview demontiert!

Minister des Aeußern Graf Czernin: Das wußte ich nicht, es ändert aber nichts an der Wahrheit, daß die Entente den Frieden noch verhindert.

Der Delegierte Lobaszy hat ferner den Wunsch ausgesprochen, ich möge in irgendeiner Form auf Deutschland einwirken, damit es sich in der belgischen Frage klar äußere. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Ausführungen der deutschen Staatsmänner in diesem Punkt vollkommen klar und ungewisheitlich sind, und daß man trotz des besten Willens zu einem Verständigen keine Rückschlüsse über derartige tatsächliche Fragen geben kann. Ich möchte die Herren an ein Wort Bismarcks erinnern, den dem ja Graf Karolvi ganz richtig sagte, daß wir alle sehr viel von ihm lernen können. Bismarck hat einmal, als an ihn die Zumutung gestellt wurde, sich an einen bestimmten Staat mit einem Rathschlag zu wenden, im preussischen Abgeordnetenhaus geantwortet: „Rathschläge an fremde Regierungen, was sie zu machen oder zu unterlassen haben, haben immer etwas Mißliches, weil sie sehr leicht zur Resignation führen.“

Die Hilfe Amerikas.

Graf Karolvi hat gestern gesagt, er habe als Ergebnis seiner Schweizer Reise die Ueberzeugung mitgebracht, daß Amerika es mit dem Krieg sehr ernst meine. Daran hat er meiner Ansicht nach übertrieben pessimistische Konklusionen geknüpft. Ich möchte dem gegenüber betonen: Ich kenne zwar die Herren von der Entente nicht, mit denen er in der Schweiz gesprochen hat, aber ich halte es für wahrscheinlich, daß Mitglieder der Entente, wenn sie mit einem ungarischen Herrn zusammenkommen, unter allen Umständen, ob sie es nun glauben oder nicht, so sprechen werden, wie sie es dem Grafen Karolvi gegenüber getan haben. Ich will gar nicht leugnen, daß die Entente zum Teil wirklich glaubt, die amerikanische Hilfe werde in ganz großem Maßstab geleistet werden, daß sie sich tatsächlich an diese Hoffnung klammert und davon eine Wendung des Krieges erhofft. Aber ich frage mich, ob die Entente sich nicht irrt. Es ist sehr leicht gesagt, Millionenarmeen von Amerika nach Europa zu werfen. Ob ein solches Projekt aber auch realisierbar ist, werden wir erst sehen. Ich kam mich auf sehr nahegehende Miltärs bei uns und bei unseren Verbündeten berufen, die eine Hilfeleistung in dem Umfang, wie sie heute von der Entente vorausgesetzt wird, für ausgeschlossen halten. Das auf amerikanischer Seite die Ansicht besteht, der Entente ernstlich zu Hilfe zu eilen, leugne ich nicht und ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung immerhin zu verzeichnen. Die Ausführungen Herrn Wilsons, in denen er die Kriegserklärung an uns, die wir bereits gestern besprochen haben, dem Kongreß empfiehlt, will ich hier nicht im Detail besprechen. Ich frage mich nur, wie es möglich ist, daß ein führender Staatsmann dieses Maß von Unerständnis für unsere Verhältnisse aufbringen und mit derartigen Argumenten die öffentliche Meinung seines Landes irreführen kann.

Das Verhältnis zu Deutschland.

Der Delegierte Lobaszy hat gestern eine gewisse Verschiedenheit zwischen den Anschauungen der Grafen Tisza und Andrássy einerseits und meiner Meinung andererseits in bezug auf unser Verhältnis zu Deutschland konstruiert. Er hat, soweit ich folgern konnte, den Standpunkt festgenagelt, daß ich im Verhältnis zu Deutschland nur so weit gehe, als ich es für die österreichisch-ungarische Monarchie für vorteilhaft halte, während die Grafen Tisza und Andrássy darüber hinausgehen. Ich glaube, daß in diesem Punkte nicht die geringste Differenz zwischen den beiden Herren und mir besteht. Wir alle wollen nur das machen, was wir als im Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie gelegen ansehen. Aber mir scheint eben, daß eine Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit Deutschland den Interessen der Monarchie entspricht. (Beifall.)

Die Rüstungen der Zukunft.

Der Herr Delegierte Opatkani hat gestern seiner Stepsi bezüglich jener Perspektiven Ausdruck gegeben, die ich für die Zeit nach dem Kriege in meiner Budapestter Rede gestreift habe. Ich muß neuerlich betonen, daß ich auf dem Standpunkte stehe, daß das erhöhte Rüstungsniveau, das dieser Krieg für die ganze Welt geschaffen hat, in Zukunft bei freier Rüstungskonkurrenz nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Dieser Krieg hat gelehrt, daß in Zukunft mit den so und so vielfach erhöhten Rüstungen von früher gerechnet werden muß. Wenn also die freie Rüstungskonkurrenz nach dem Kriege fortbestünde wie vorher, dann müßten sich die Rüstungskosten so phantastisch vermehren, daß ich behaupte, dies sei ein Ding der Unmöglichkeit. Europa müßte eine einzige große Werkstätte für Rüstungen werden. Wir werden also, und zwar nicht nur wir, sondern die ganze Welt, aus dieser Impasse einen Ausweg suchen müssen. Ob in der von mir in Budapest entwickelten Form, kann ich nicht voraussagen, aber ein Ausweg wird gefunden werden müssen. Ich glaube, daß es reell, ehlich und vernünftig ist, wenn wir dieser Tendenz mit voller Kraft zum Durchbruch verhelfen. Wenn wir uns in den Dienst dieses Gedankens stellen und dann im gegebenen Moment, und dieser Moment wird kommen, alles beitragen, was möglich ist, um den Ausweg zu finden, dann gehen wir meiner Ansicht nach den richtigen Weg. Wenn ich ein Beispiel gebrauchen darf, so möchte ich sagen: Wenn man mir sagt, es wird Krieg geben, solange die Menschheit dauert, so will ich das gar nicht negieren; aber auch die Krankheit wird bestehen, solange die Menschheit besteht. Daraus den Schluß zu ziehen, daß deshalb die Ärzte überflüssig seien, wäre ein Fehler. Sie können die Krankheiten nicht verschwinden machen, aber sie können sie mildern und deren Verlauf abschwächen, sie seltener machen. Auch wir können die zukünftige Kriegsgeschichte mildern, wenn sie auch nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Die fehlenden Ausführungszeichen.

Der Delegierte Wakonzi hat mir gestern mitgeteilt, daß ich mich in einem in unserem zumanischen Rotbuch abgedruckten Telegramm einer staatsrechtlichen Unkorrektheit schuldig gemacht habe. Ich vermute, daß es sich um das Telegramm Nr. 6 vom 6. August handelt. Dieses Telegramm gibt jedoch eine Bemerkung des Herrn Bratianu mir gegenüber wieder. Es ist in solchen Fällen Brauch, die Ansprüche im Wortlaut zu melden. Im Text des Rotbuches fehlen an der

betreffenden Stelle nur die Ausführungszeichen. An dem mir vorgehaltenen Fehler muß ich mir also unschuldig erklären. Wenn ich übrigens Herrn Bratianu sonst nichts vorzuwerfen hätte als seinen Mangel an Bildung in staatsrechtlichen Dingen, wäre ich ganz zufrieden. (Geisterzeit.)

Ausgleich und Friedensverhandlungen.

Die Delegierten Teleszly und Szterenyi haben über unsere wirtschaftliche Zukunft und insbesondere über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen uns und Deutschland gesprochen. Die Friedensverhandlungen werden selbstverständlich unter der im Ausgleichsgesetz vom Jahre 1887 vorgeschriebenen Mitwirkung der beiden Regierungen zu führen sein. Auch ich muß behaupten, daß aus schwerwiegenden sachlichen Gründen ein neuer Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn in endgültiger Form nicht noch vor den Friedensverhandlungen zustande gekommen ist. Die Frage, ob und in welcher Weise diesem Umstand in den mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Fragen Rechnung getragen werden soll, gehört jedoch in die Kompetenz der beiden Regierungen.

Die ausgeschiedenen Beziehungen zu Spanien.

Eine weitere Anfrage des Delegierten Grafen Karolvi geht dahin, wie es komme, daß im Exposé Spanien an der Stelle ausgelassen sei, wo der neutralen Staaten Erwähnung getan wird. Diese Bemerkung des Grafen Karolvi beruht auf einem offensichtlichen Irrtum oder Mißverständnis. Im Exposé sind nämlich jene neutralen Staaten namentlich aufgezählt, die humanitäre Fürsorge für unsere Staatsangehörigen, Hilfe für unsere Kriegsgefangenen, Interventionen in Hospitalisierungsfragen, Fürsorge für Invaliden usw. geleistet haben. Spanien hat aus nachfolgenden Gründen infolge seiner neuartigen Lage nichts derartiges unternommen und auch nichts unternehmen können. Allen Schicksalstrafen wurde im Exposé kumulativ gedacht, natürlich auch Spanien, dem wir ebenso wie den übrigen Staaten für seine Dienste auf diesem Gebiete zu größtem Dank verpflichtet sind. Graf Karolvi hat aber, ohne diese Antwort abzuwarten, zu meinem Bedauern, angeblich in einem Interview, das heute erschienen ist, bemerkt, daß mein Nichtantworten auf seine Anfrage zu dem Schluß berechtige, die Beziehungen zwischen der Monarchie und Spanien seien getrübt. Ich behaupte diesen voreiligen Schluß, dem ich auf das entschiedenste widerwende. Unsere Beziehungen zu Spanien sind so ausgezeichnet, als sie überhaupt nur sein können. Es gibt keinen neutralen Staat, zu dem wir bessere Beziehungen unterhalten.

Der Weg zum Frieden nur über Rußland.

Ich habe den für mich ganz ungemein wertvollen Eindruck erhalten, daß die Majorität der hohen ungarischen Delegation im großen und ganzen meine Politik zu billigen scheint. Ich sage es ganz offen heraus, daß ich den Zusammentritt der Delegationen aus ganzem Herzen ersehnt habe, weil in einer Zeit wie der heutigen ein Minister des Aeußern unmöglich die Geschäfte führen kann, wenn er nicht die feste Ueberzeugung hat, daß die Mehrheit der hohen Delegationen seine Politik stützt und zu stützen bereit ist. Ich habe seit Beginn des Krieges keinen Augenblick daran gezweifelt, daß wir diesen Krieg in ehrenvoller Weise beenden werden, daß es uns gelingen wird, das Ziel zu erreichen, das wir uns gesetzt haben. Ich bin fest davon überzeugt, aber ich bin auf der anderen Seite auch überzeugt, daß wir noch nicht am Ende sind und noch manche schwierige Aufgabe zu bewältigen haben werden, bis wir endlich in den schützenden Hafen einlaufen. Es ist uns genau bekannt, daß die westliche Entente mit allen Mitteln versuchen wird, die Friedensbestrebungen Rußlands zu durchkreuzen, und ich bin fest überzeugt, daß wir hier noch auf große Schwierigkeiten stoßen werden, die wir eben werden überwinden müssen. Wir wollen einen sofortigen, wenn möglich, allgemeinen Frieden. Wir wollen nicht versuchen, Rußland von seinen bisherigen Alliierten abmendigen zu machen. Aber der Weg zu einem allgemeinen Frieden kann wohl nur über Rußland führen, weil Rußland der einzige Staat ist, der friedensgeneigt ist. Die Friedensbedingungen, unter denen wir heute zu verhandeln bereit sind, sind vollständig bekannt. Es sind die, daß wir weder Annexionen noch Kombinationen fordern, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß ebenso wie Rußland auch wir das souveräne Recht der Regierung in Anspruch nehmen, unsere internen Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Wenn Rußland wirklich den Frieden will — und es ist kein Zweifel, daß es ihn will —, so ist es in der Lage, seinen Standpunkt der Westentente klar zu machen.

Unsere heutige Lage möchte ich durch ein Bild charakterisieren. Die Monarchie gleicht einem Schiff auf stürmischem Meer. Von Tod und Gefahr umdröht, zieht es seinen Weg. Noch hat es viele Gefahren zu überwinden. Noch schwankt es hin und her im Aufbruch der Elemente. Aber von dem hohen Mastkorb des Schiffes aus sieht man Land. Wie Mann an Bord sollen es wissen, daß wir noch viel zu kämpfen und auszuhalten haben werden, bis wir in den schützenden Hafen des Friedens werden einlaufen können. Aber erreichen werden wir den ehrenvollen Frieden, wenn nur die eine Parole gilt: Durchhalten!

Die Rede des Ministers des Aeußern wurde von den Anwesenden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Schlusssatz des Referenten.

Referent Kravz konstatiert in seinem Schlusssatz, die Debatte habe erweisen, daß der Minister des Aeußern in seinem Exposé schon vorweg den Geist erfaßt habe, von dem die Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Delegation hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik getragen sei. Er beschränkte sich daher bloß darauf, auf Bemerkungen zu reflektieren. Die auf den von ihm unterbreiteten Bericht gemacht wurden, und hält seinen Standpunkt, der auch der Auffassung der Mehrheit der Delegation entspreche, daß die Grundregelung des Vertrauens zur Politik des Ministers des Aeußern gerade in dem gegenwärtigen Augenblick nur zu sehr am Platz sei, aufrecht. Er ist geneigt, bei der Redigierung des endgültigen Textes des Berichtes den vom Grafen Tisza geäußerten und bis zu einem gewissen Grad auch anderen Wünschen Rechnung zu tragen. Die idealen Ziele des Ministers betreffend die obligatorischen Schiedsgerichte in internationalen Streitigkeiten und die Sicherung der Freiheit der Meere billigt Referent durchaus, trotzdem sie sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen.

Den Kritikern unserer Diplomatie gelunge sei, die Türkei und Bulgarien auf unsere Seite zu bringen. Ueberdies kann die Diplomatie ihre Kraft immer nur daraus schöpfen, wenn die Koalitionspartei von unserer militärischen Stärke

überzeugt ist, in welcher Beziehung sich die Verhältnisse in der Zukunft gewiß bessern werden. Der Referent empfiehlt schließlich seinen Antrag zur Annahme.

„Alle Mitglieder“ bis auf den Delegierten Martin Lobaszy votieren den Antrag. Ebenfalls wird mit überwiegender Mehrheit auch die Aufnahme des vom Grafen Tisza gewünschten Passus in den Bericht genehmigt.

Der Präsident dankt hierauf nochmals namens des Ausschusses dem Minister für dessen Ausführungen und schließt die Sitzung.

Oesterreichische Delegation.

In der nächsten Woche werden nur Ausschüßsitzungen der Delegation abgehalten werden; die Vollsitzungen der Delegation sind für Donnerstag den 20. d., eventuell die folgenden Tage in Aussicht genommen. Doch wird dabei noch immer die Möglichkeit der Unterbrechung der Sitzungen bis nach dem 6. Januar in Erwägung gezogen, da möglicherweise der Gang der Waffenstillstands-, beziehungsweise Friedensverhandlungen mit Rußland, in Verbindung mit der dann notwendigen Mitwirkung des Grafen Czernin, eine solche Unterbrechung erfordert.